



Moderner Frondienst oder wichtige
Lebenserfahrung?

Das *Pflichtjahr für alle* in der Diskussion

Positionspapier der Frauen Union Nordbaden
verabschiedet beim Bezirksdelegiertentag am 16. Oktober 2004

I.	Einführung	3
II.	Pflichtjahr für alle?	4
	1. Logistische Gesichtspunkte.....	4
	2. Finanzielle Aspekte	5
	3. Droht uns wirklich der Pflegenotstand?	5
	4. Auswirkung auf die Berufsbiographien	6
	5. Aspekte des Völker- und Verfassungsrechts.....	6
	6. Soziales Engagement und Sozialisation	7
III.	Fazit: Förderung der freiwilligen Dienste	8

1 I. Einführung

2 Die allgemeine Wehrpflicht für junge Männer in Deutschland stützt sich auf
3 Artikel 12 des Grundgesetzes, wonach junge Männer zum Dienst in der
4 Bundeswehr eingezogen werden können. Die Politiker von CDU/CSU auf
5 Bundesebene sprechen sich für den Erhalt der Wehrpflicht aus. Gegen die
6 Aufrechterhaltung der Wehrpflicht spricht eine steigende Wehr- und
7 Zivildienstungerechtigkeit, die von der rot/grünen Bundesregierung durch
8 Verkleinerung der Armee systematisch herbeigeführt wurde und die
9 Rechtmäßigkeit der Wehrpflicht untergräbt. Seit Juli 2003 werden nur noch die
10 ersten beiden Tauglichkeitsstufen und unverheiratete Männer unter 23 Jahren
11 eingezogen. Der Wehrdienst und damit auch der Ersatzdienst wurden im Laufe
12 der letzten Jahre schrittweise von 18 Monate auf mittlerweile neun Monate
13 verkürzt. Von etwa 400.000 Männern im wehrpflichtigen Alter leisten derzeit
14 49.200 Wehrdienst (Stand Juli 2004) und 57.875 Ersatzdienst (Stand August
15 2004). Künftig werden nur noch etwa 30.000 Wehrdienstleistende bei der
16 Bundeswehr benötigt

17 Immer mehr Länder gehen von der allgemeinen Wehrpflicht zur Schaffung einer
18 Berufsarmee über (Großbritannien, Kanada, USA, Benelux-Staaten, Spanien,
19 Frankreich, Italien, demnächst: Tschechien). Da die Landesverteidigung nicht
20 mehr die zentrale Aufgabe der Bundeswehr ist, haben sich die Anforderungen
21 an die Bundeswehr verändert. Auf Grund der zunehmenden Auslandseinsätze
22 im Rahmen der NATO besteht der Bedarf nach einer personell gestrafften, hoch
23 spezialisierten und mobilen Einsatzarmee. Als Folge der Abschaffung der
24 Wehrpflicht ginge allerdings die Verankerung des Militärs in der Gesellschaft als
25 „Bürger in Uniform“ verloren und es bestünde die Gefahr der
26 Verselbstständigung und Isolierung des Militärs.

27 Aufgrund des noch nicht rechtskräftigen Urteils des Kölner Verwaltungsgerichts
28 vom 21. April 2004, das die derzeitige Einberufungspraxis wegen der
29 Wehrungerechtigkeit für unvereinbar mit dem Grundgesetz hält, und dem
30 Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 20. Februar 2002, das die
31 gesetzgeberische Wahlmöglichkeit zwischen einer Wehrpflicht- und einer
32 Freiwilligenarmee unterstrichen hat, muss vor dem Hintergrund der Auffassung

33 der Bundesregierung mittelfristig mit der Aussetzung oder Abschaffung der
34 Wehrpflicht gerechnet werden. Dieser Schritt würde automatisch auch das
35 Ende für den Zivildienst bedeuten. Wohlfahrtsverbände, Sanitäts- und
36 Hilfsorganisationen, aber auch Freiwillige Feuerwehren und das Technische
37 Hilfswerk als Einrichtungen zur Ableistung von Ersatzdiensten wären dadurch
38 stark betroffen. Die Verunsicherung vor allem im sozialen Bereich ist daher
39 groß. Im Rahmen der Diskussion um die Abschaffung der Wehrpflicht wird
40 deshalb darüber nachgedacht, ein *Pflichtjahr für alle* – für junge Frauen und
41 Männer – einzuführen. Mit den Chancen und Risiken eines solchen
42 Pflichtjahres setzt sich die Frauen Union Nordbaden im Folgenden
43 auseinander.

44

45 II. Pflichtjahr für alle?

46 Ein *Pflichtjahr für alle*, auch als allgemeine Dienstpflicht bezeichnet, würde
47 bedeuten, dass alle jungen Menschen zu einer sozialen, kulturellen,
48 ökologischen, friedensbringenden oder gemeinnützigen Arbeit, entsprechend
49 dem heutigen Freiwilligen Jahr, zwangsweise herangezogen werden.
50 Bundesinnenminister Schily, Bundesjustizministerin Zypries sowie der
51 ehemalige baden-württembergische Sozialminister Repnik sind Befürworter des
52 Pflichtjahres. Sie begründen ihre Auffassung damit, dass junge Menschen
53 durch den Dienst an der Gemeinschaft an Lebenserfahrung gewinnen würden.
54 Gleichzeitig könnte die Lücke, die durch den Wegfall der Zivildienstleistenden
55 vor allem im sozialen Bereich entstünde, geschlossen werden. Gegen die
56 Einführung eines solchen Zwangsdienstes gibt es gute Argumente.

57

58 1. Logistische Gesichtspunkte

59 Ein Geburtenjahrgang umfasst durchschnittlich rund 800.000 Männer und
60 Frauen, also müssten zusätzlich zu den jetzigen Zivildienststellen ungefähr
61 700.000 Stellen neu geschaffen werden, um die Dienstpflichtigen für ein Jahr
62 unterzubringen. Eine fast unlösbare Aufgabe, wenn man bedenkt, dass es

63 zurzeit nicht einmal gelingt, allen, die freiwillig ein Jahr für die Gesellschaft
64 arbeiten wollen, einen entsprechenden Platz und Taschengeld anzubieten.
65 Werden aber nicht ausreichend sinnvolle Plätze geschaffen, würde wieder eine
66 neue Dienstungerechtigkeit entstehen. Darüber hinaus würde die Einführung
67 eines Pflichtjahres den Aufbau einer kostenintensiven Verwaltungsbürokratie für
68 Kontroll- und Fürsorgeinstitutionen (Krankenschutz, Haftpflicht etc.) erforderlich
69 machen.

70

71 2. Finanzielle Aspekte

72 Die Kosten eines Pflichtjahres wären immens. Zurzeit werden Grundwehr- und
73 Zivildienstleistende und junge Frauen und Männer im Freiwilligen Jahr mit
74 Kosten von rund 15.000 Euro pro Person veranschlagt. Ein *Pflichtjahr für alle*
75 würde damit rund 12 Milliarden Euro kosten. Durch den Wegfall des
76 Zivildienstes würden dem gegenüber nur 885 Millionen Euro frei. Fraglich ist,
77 wie diese Differenz finanziert werden soll.

78

79 3. Droht uns wirklich der Pflegenotstand? – Entwertung von Betreuung und 80 Pflege

81 Die Befürworter eines Pflichtjahres führen an, dass nur so der Wegfall der
82 57.875 Zivildienstleistenden aufgefangen und die personellen Engpässe vor
83 allem in sozialen Einrichtungen vermieden werden könnten. In Zeiten hoher
84 Arbeitslosigkeit und leerer Kassen sollten jedoch neue
85 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen und nicht durch
86 Zwangsverpflichtungen verhindert werden. Schon jetzt arbeitet der Zivildienst
87 nicht arbeitsplatzneutral, sondern volkswirtschaftlich kontraproduktiv. Mit rund
88 12 Milliarden Euro, die die Dienstpflichtigen kosten würden, ließen sich mehr als
89 370.000 neue Arbeitsplätze auf einem dem Zivildienst vergleichbaren Niveau
90 schaffen bzw. könnten 240.000 Fachkräfte neu eingestellt werden. Die sozialen
91 Verbände praktizieren offensichtlich bereits andere Lösungen, da sie

92 angesichts der Verkürzung der Dienstzeit für Zivildienstleistende auf neun
93 Monate und auf Grund der Kürzung der Bundeszuschüsse für Zivildienststellen
94 bereits wesentlich weniger Zivildienstleistende einstellen. Zudem verhindern
95 Pflichtdienste tendenziell die Qualifizierung und Anerkennung des Pflege- und
96 Betreuungspersonals, und so sind schon heute die negativen Auswirkungen
97 des Zivildienstes auf die Pflege- und Betreuungsberufe spürbar. Denn die
98 Entprofessionalisierung verringert die Attraktivität dieser Berufe für junge
99 Menschen und verhindert eine entsprechende Einkommensentwicklung.

100

101 4. Auswirkung auf die Berufsbiographien

102 Ein *Pflichtjahr für alle* verzögert den Berufseinstieg junger Menschen um ein
103 weiteres Jahr und verkürzt die erreichbare Lebensarbeitszeit. Diese
104 Entwicklung ist völlig entgegengesetzt zu unseren politischen Bestrebungen,
105 das Einstiegsalter der Berufsanfänger zu verringern (frühere Einschulung, G8,
106 Langzeitstudiengebühren etc). Das weltweit höchste Berufseinstiegsalter in
107 Deutschland ist im internationalen Vergleich schon heute ein
108 Wettbewerbsnachteil, der im Zuge der Globalisierung noch an Bedeutung
109 gewinnt und mit dem Pflichtjahr weiter verschärft werden würde. Der spätere
110 Berufseinstieg wirkt sich nicht nur auf das Einkommen der jungen Menschen,
111 sondern auch auf die Sozialversicherungskassen negativ aus. Für die jungen
112 Menschen, die durch den demografischen Wandel bereits übermäßig belastet
113 sind, ist ein zusätzlicher einjähriger Pflichtdienst unzumutbar. Vor dem
114 Hintergrund der demografischen Entwicklung ist es volkswirtschaftlich unsinnig,
115 800.000 Menschen ein Jahr in zum großen Teil künstlich geschaffenen Stellen
116 zu behalten und erst dann dem Arbeitsmarkt zuzuführen.

117

118 5. Aspekte des Völker- und Verfassungsrechts

119 Artikel 12 des Grundgesetzes verbietet die Einführung eines Pflichtjahres. Die
120 Änderung des Grundgesetzes mit einer 2/3 Mehrheit in diesem Punkt würde

121 zusätzlich gegen internationale Menschenrechtskonventionen verstoßen und ist
122 damit völkerrechtswidrig (Art. 4 Abs. 2 Europäische Menschenrechtskonvention,
123 Art. 8 Abs. 3 Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte von
124 1966). Zudem wäre es ein Rückfall in Zeiten der mittelalterlichen Frondienste,
125 Dienstleistungen zwangsweise einzufordern.

126

127 6. Soziales Engagement und Sozialisation

128 Im Hinblick auf die Förderung der Eigeninitiative, Mitgestaltung und Beteiligung
129 aller Altersgruppen in der Zivilgesellschaft und im Staat ist die Einführung einer
130 allgemeinen Dienstpflicht der grundsätzlich falsche Weg. Wir müssen die
131 freiwillige Bereitschaft zu sozialem Engagement durch Überzeugung und
132 Anreize zur Aus- und Weiterbildung fördern und nicht durch neue staatliche
133 Pflichten erzwingen wollen. Pflichtdienste sind ungeeignet, Menschen zu
134 solidarischem Handeln anzuleiten. Sie begünstigen vielmehr den Abschied von
135 verantwortlichem Engagement. Denn oft entsteht die Einstellung, dass sich
136 durch ein Pflichtjahr alle weiteren gesellschaftlichen Verantwortungen erledigt
137 haben.

138 Ein Pflichtjahr diskreditiert das freiwillige soziale Engagement - vor allem das
139 Engagement von Frauen. Die freiwilligen Tätigkeiten von Frauen in der Familie
140 und in anderen Bereichen unserer Gesellschaft sind unverzichtbar und würden
141 durch eine Dienstverpflichtung entwertet. Besonders Frauen wären durch die
142 Einführung eines *Pflichtjahres für alle* zusätzlich betroffen, da sich die
143 Familienphase um ein weiteres Jahr verschieben würde.

144 Bei der Integration von ausländischen Jugendlichen wären durch ein *Pflichtjahr*
145 *für alle* neue soziale Spannungen vorprogrammiert. Denn ausländische
146 Jugendliche könnten nicht zu einem Pflichtdienst herangezogen werden.

147

148 III. Fazit: Förderung der freiwilligen Dienste

149 Ein *Pflichtdienst für alle* stößt auf große Bedenken und ist mit unseren
150 Vorstellungen von einer freiheitlichen Demokratie unvereinbar. Hinsichtlich der
151 Größenordnung ist es völlig unverhältnismäßig, einen Bedarf von ca. 50.000
152 arbeitsplatzneutralen Zivildienststellen durch die Einziehung von 800.000
153 Menschen zum Pflichtdienst decken zu wollen.

154 Im Falle eines Zivildienstabbaus fordert die Frauen Union,

155 ➤ die Stellen durch längerfristig tätiges, geschultes Personal und
156 Auszubildende zu ersetzen sowie durch Arbeitslose, geringfügig
157 Beschäftigte sowie Freiwillige und Ehrenamtliche zu ergänzen.

158 ➤ das soziale Engagement durch die Förderung von
159 generationsübergreifenden Freiwilligen Diensten anstelle von
160 Pflichtdiensten zu fördern.

161 ➤ das freiwillige soziale, kulturelle und ökologische Jahr und die
162 Arbeit im Friedens- und Entwicklungsdienst zunächst stärker
163 bekannt zumachen.

164 ➤ die „Kultur selbstverständlicher Freiwilligkeit“ zu fördern.

165 Freiwilligen und Ehrenamtlichen, die einen Dienst an und in der Gesellschaft
166 leisten, sollte mehr Anerkennung entgegengebracht werden. Die Anrechnung
167 von Zeiten freiwilliger Dienste in der Rentenversicherung und Vorteile bei der
168 Vergabe von Studienplätzen sind zielführender als Pflichtdienste. Langfristig
169 sollten alle Dienste entweder vom Arbeitsmarkt gedeckt oder durch
170 ehrenamtliche Helfer wahrgenommen werden.

171 Momentan sorgen die Wehrungerechtigkeit und der große Anteil derer, die
172 keine Dienste leisten, für Unruhe.

173 Unsere Jugendlichen sind verunsichert. Sie brauchen Klarheit, um zielstrebig
174 und entschlossen ihre Zukunft planen zu können. Deutschland braucht eine
175 rasche Entscheidung für die Jugend.

176 Die **Frauen Union Nordbaden** fordert den Landesverband der Frauen Union
177 Baden-Württemberg sowie den Bezirksverband der CDU Nordbaden auf, auf
178 Bundesebene daraufhin zu wirken, dass die Einführung eines Pflichtjahres für
179 junge Menschen abgelehnt wird.